

Antrag **der Bundesregierung**

Deutsche Beteiligung an einer internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo zur Gewährleistung eines sicheren Umfeldes für die Flüchtlingsrückkehr und zur militärischen Absicherung einer Friedensregelung für das Kosovo auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999

Schreiben des Chefs des Bundeskanzleramtes vom 11. Juni 1999

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stimmt dem Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte entsprechend der von der Bundesregierung am 11. Juni 1999 beschlossenen Beteiligung an einer internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo zur Gewährleistung eines sicheren Umfeldes für die Flüchtlingsrückkehr und zur militärischen Absicherung einer Friedensregelung für das Kosovo auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999 mit folgender Begründung zu:

In den letzten Monaten hat sich das Ausmaß der Vertreibung und Deportation durch die Kräfte der Bundesrepublik Jugoslawien im Kosovo weiter gesteigert. Dies hat zu mehr als 1,4 Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen geführt, die ihre Heimatorte verlassen mußten. Der weitaus größte Teil der ehemals etwa 1,8 Millionen Kosovo-Albaner ist obdachlos. Die umfangreichen Flüchtlingsströme haben Albanien, Mazedonien und Bosnien und Herzegowina sowie Montenegro erheblich belastet und bilden ein hohes Destabilisierungspotential.

Am 3. Juni 1999 haben die jugoslawische Regierung und das Parlament der Republik Serbien dem vom EU-Beauftragten Präsident Martti Ahtisaari sowie dem russischen Sonderbeauftragten Viktor Tschernomyrdin vorgelegten Dokument („Petersberg-Dokument“) zur Beendigung des Kosovo-Konflikts zugestimmt. Die Doppelstrategie einer Kombination aus militärischen Maßnahmen und gleichzeitigen diplomatischen Bemühungen hat zu diesem Ergebnis geführt, dessen Umsetzung der Absicherung bedarf, um die Rückkehr der Vertriebenen und Flüchtlinge zu ermöglichen und eine dauerhafte, selbsttragende politische Lösung für das Kosovo zu erreichen.

Die Bundesrepublik Jugoslawien hat sich zur unverzüglichen und verifizierbaren Beendigung von Gewalt und Unterdrückung im Kosovo sowie zu einem überprüfbareren Rückzug aller militärischen, polizeilichen und paramilitärischen Kräfte der Bundesrepublik Jugoslawien innerhalb kürzester Zeit verpflichtet. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat am 10. Juni 1999 mit der Resolution 1244 (1999) die Mitgliedstaaten, relevante Inter-

nationale Organisationen sowie den Generalsekretär autorisiert, internationale Sicherheits- und zivile Präsenzen mit allen erforderlichen Befugnissen im Kosovo zu etablieren, um die im Petersberg-Dokument gebilligten G8-Prinzipien umzusetzen.

Die Bundesregierung mißt den internationalen Präsenzen im Kosovo und der angestrebten Friedensregelung höchste politische Bedeutung bei. Nur durch die internationale Sicherheitspräsenz und eine solche Regelung können die Voraussetzungen für eine dauerhafte Stabilität in der Region geschaffen werden. Das Engagement der NATO soll entscheidend dazu beitragen, ein sicheres Umfeld für alle Bürger im Kosovo zu schaffen, damit die Rückkehr der Vertriebenen und Flüchtlinge in ihre Heimat ermöglicht wird. Ferner sollen durch die Unterstützung der geplanten zivilen internationalen Präsenz sowie anderer internationaler Organisationen bei der Entwicklung selbsttragender demokratischer Übergangsstrukturen die Voraussetzungen zur Gewährleistung friedlicher und normaler Lebensbedingungen für die Bewohner des Kosovo geschaffen werden.

Mit Beginn des Rückzuges der jugoslawischen Kräfte (Militär, Polizei, paramilitärische Kräfte) wird es notwendig, den gesamten Rückzug sowie die unverzügliche Beendigung von Gewalt und Unterdrückung im Kosovo zu überwachen. Der Einsatz der internationalen Sicherheitspräsenz erfolgt mit Beginn des Rückzuges der jugoslawischen Kräfte, ist zeitlich darauf abgestimmt und in dieser Form erforderlich, um im Kosovo keine Sicherheitslücke entstehen zu lassen.

Die Bundesregierung hat deswegen beschlossen, unter dem Vorbehalt der konstitutiven Zustimmung durch den Deutschen Bundestag, zur Beteiligung an einer internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo nachstehend aufgeführte Kräfte einzusetzen:

1. Die deutsche Beteiligung im Rahmen der NATO an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo dient der militärischen Absicherung der Friedensregelung für das Kosovo auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999. Insbesondere dient die Beteiligung der Umsetzung folgender Prinzipien:
 - unverzügliches und verifizierbares Ende von Gewalt und Unterdrückung im Kosovo,
 - Überprüfung des Rückzuges aller militärischen, polizeilichen und paramilitärischen Kräfte der Bundesrepublik Jugoslawien innerhalb kürzester Zeit,
 - Schaffung und Aufrechterhaltung eines sicheren Umfeldes für alle Bürger im Kosovo sowie Ermöglichung einer sicheren und freien Rückkehr aller Vertriebenen und Flüchtlinge in ihre Heimat,
 - Unterstützung der internationalen Organisationen bei ihren Aufgaben zur Entwicklung selbsttragender demokratischer Übergangsstrukturen sowie zur Sicherstellung friedlicher und normaler Lebensbedingungen für die Bewohner im Kosovo,
 - Demilitarisierung im gesamten Kosovo einschließlich der UCK,
 - Gewährleistung des ungehinderten Zugangs humanitärer Hilfsorganisationen in das Kosovo.
2. Der Bundesminister der Verteidigung wird ermächtigt,
im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Auswärtigen für die deutsche Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz für das Kosovo im folgenden genannte Kräfte der NATO anzuzeigen sowie

diese Kräfte – unter dem Vorbehalt der konstitutiven Zustimmung durch den Deutschen Bundestag – im Rahmen dieser Präsenz einzusetzen.

3. Für die deutsche Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz für das Kosovo werden für Land-, Luft-, See- und Seeluftoperationen zu den unter 1. dargelegten Zwecken bereitgestellt:
 - a) Teilstreitkraftübergreifende Kräfte, einschließlich Kräfte der Zentralen militärischen Dienststellen und der Zentralen Sanitätsdienststellen, mit folgenden militärischen Fähigkeiten:
 - Führung und Führungsunterstützung,
 - Kampf und Kampfunterstützung,
 - Sicherung und Schutz,
 - Aufklärung und Überwachung,
 - Einsatzunterstützung einschließlich Transport- und Umschlagsdienste,
 - Sanitätsdienstliche Versorgung,
 - Medizinische Evakuierung,
 - Zivil-militärische Zusammenarbeit (CIMIC) einschließlich humanitärer Hilfs- und Unterstützungsdienste.
 - b) Kräfte für die Beteiligung an internationalen Hauptquartieren sowie AWACS.
4. Den im Rahmen dieser Operation eingesetzten Kräften wird auch die Befugnis zur Wahrnehmung des Rechts auf bewaffnete Nothilfe zugunsten von Soldaten und Zivilpersonal der internationalen Präsenzen, einer internationalen Polizeitruppe und humanitären Hilfsorganisationen erteilt.
5. Für diese Operation werden bis zu 8 500 Soldaten mit entsprechender Ausrüstung eingesetzt, unbeschadet der im Rahmen der Operationen JOINT FORGE¹⁾ und ALLIED HARBOUR²⁾ eingesetzten Soldaten. Bis zur Herstellung der Einsatzbereitschaft sowie während des Kontingentwechsels kann der Umfang des eingesetzten Personals zeitweise darüber liegen.

Die vom Deutschen Bundestag gebilligten Kräfte für

- begrenzte und in Phasen durchzuführende Luftoperationen³⁾,
- die NATO-Verifikationsmission EAGLE EYE⁴⁾,
- den Anteil an der Notfalltruppe⁵⁾ sowie
- das bisherige KFOR-Kontingent⁶⁾

werden in dieses mit diesem Beschluß zu billigende neue deutsche Kontingent der Sicherheitspräsenz überführt.

¹⁾ Bundestagsbeschluß vom 19. Juni 1998: Weitere deutsche Beteiligung an der SFOR-Folgeoperation.

²⁾ Bundestagsbeschluß vom 7. Mai 1999: Deutsche Beteiligung an der humanitären Hilfe im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt.

³⁾ Bundestagsbeschluß vom 16. Oktober 1998: Begrenzte und in Phasen durchzuführende Luftoperationen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo-Konflikt.

⁴⁾ Bundestagsbeschluß vom 13. November 1998: Luftüberwachungsoperation über dem Kosovo.

⁵⁾ Bundestagsbeschluß vom 19. November 1998: Operation zum Schutz und Herausziehen von OSZE-Beobachtern aus dem Kosovo in Notfallsituationen.

⁶⁾ Bundestagsbeschluß vom 25. Februar 1999: Operation zur militärischen Umsetzung eines Rambouillet-Abkommens für den Kosovo sowie an NATO-Operationen im Rahmen der Notfalltruppe (Extraction Force).

Kräfte der Operationen JOINT FORGE (SFOR), ALLIED HARBOUR (AFOR) und dieser neuen Operation JOINT GUARDIAN⁷⁾ können zur gegenseitigen Unterstützung zusätzlich herangezogen werden, sofern die Auftragsbefüllung im Rahmen des jeweiligen Einsatzes nicht gefährdet wird.

Personal und Material des deutschen Kontingents werden im Einsatzgebiet (Kosovo, sowie die für Zugang und Versorgung notwendige Nutzung angrenzender Gebiete) mit Zustimmung des jeweiligen Aufnahmestaates und den angrenzenden Seegebieten eingesetzt.

6. Die Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien und das Parlament der Republik Serbien haben am 3. Juni 1999 dem Ahtisaari-Tschernomyrdin-Dokument („Petersberg-Dokument“) zugestimmt und den darin vorgesehenen Einsatz der internationalen Sicherheitspräsenz gebilligt. Die deutschen Kräfte können aufgrund der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999, eines entsprechenden Beschlusses des NATO-Rats und nach der konstitutiven Zustimmung des Deutschen Bundestages eingesetzt werden.

Das Bündnis wird in Abhängigkeit von der Lageentwicklung Art und Umfang der benötigten Streitkräfte und die Dauer ihrer Präsenz überprüfen. Der Deutsche Bundestag, der Auswärtige Ausschuß und der Verteidigungsausschuß werden hierüber regelmäßig unterrichtet. Nach Ablauf von 12 Monaten wird die Bundesregierung den Deutschen Bundestag mit der Frage der Fortdauer der Operation befassen.

7. Im Rahmen der Operation JOINT GUARDIAN kann der Einsatz von deutschem Personal in Kontingenten anderer Nationen sowie der Einsatz von Personal anderer Nationen im Rahmen des deutschen Kontingents auf der Grundlage bilateraler Vereinbarungen und in den Grenzen der für Soldaten des deutschen Kontingents bestehenden rechtlichen Bindungen genehmigt werden.
8. Es kommen zum Einsatz
 - nur Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit sowie
 - Soldaten, die Grundwehrdienst, freiwilligen zusätzlichen Wehrdienst oder eine Wehrübung leisten, nur wenn sie sich für besondere Auslandsverwendungen freiwillig verpflichtet haben, sowie
 - zivile Besatzungsangehörige der Troßschiffe in ihrem Zivilstatus.
9. Bei dem Einsatz handelt es sich um eine besondere Auslandsverwendung im Sinne des § 58a des Bundesbesoldungsgesetzes.
10. Die einsatzbedingten Zusatzkosten werden über die in Nummer 5 genannten vier Einsätze hinaus für einen Zeitraum von 12 Monaten ca. 300 Mio. DM betragen. Hiervon werden im Haushaltsjahr 1999 voraussichtlich Ausgaben in Höhe von ca. 140 Mio. DM zu leisten sein. Der sich damit ergebende Finanzierungsbedarf wird – auch soweit er den bei Kapitel 60 04 Titel 547 01 ausgebrachten Ansatz für im Zusammenhang mit der Kosovo-Krise bisher bewilligte militärische Einsätze von 441 Mio. DM überschreitet – aus Haushaltsmitteln der Allgemeinen Finanzverwaltung (Einzelplan 60) gedeckt (1999 voraussichtlich 816 Mio. DM, 2000 voraussichtlich 1 250 Mio. DM, jeweils unter Einschluß der bereits bisher im Epl. 60 veranschlagten Einsätze).

⁷⁾ NATO-Bezeichnung für die Operation zur Absicherung der Umsetzung des Petersberg-Dokuments.

UNITED
NATIONS

1244 S



Security Council

~~PROVISIONAL~~~~S/1999/662~~~~9 June 1999~~

ENGLISH

ORIGINAL: ENGLISH, FRENCH
AND RUSSIAN14 ja
- nein
1 Enth. (China)

10 June 1999

Canada, France, Gabon, Germany, Italy, Japan, Netherlands,
Russian Federation, Slovenia, Ukraine, United Kingdom of
Great Britain and Northern Ireland and United States of
America: draft resolution

The Security Council,

Bearing in mind the principles and purposes of the Charter of the United Nations, ~~including~~ the primary responsibility of the Security Council for the maintenance of international peace and security,

and
Recalling its resolutions 1160 (1998) of 31 March 1998, 1199 (1998) of 23 September 1998, 1203 (1998) of 24 October 1998 and 1239 (1999) of 14 May 1999,

Regretting that there has not been full compliance with the requirements of these resolutions,

Determined to resolve the grave humanitarian situation in Kosovo, Federal Republic of Yugoslavia, and to provide for the safe and free return of all refugees and displaced persons to their homes,

Condemning all acts of violence against the Kosovo population as well as all terrorist acts by any party,

Recalling the statement made by the Secretary-General on 9 April 1999, expressing concern at the humanitarian tragedy taking place in Kosovo,

Reaffirming the right of all refugees and displaced persons to return to their homes in safety,

Recalling the jurisdiction and the mandate of the International Tribunal for the Former Yugoslavia,

Welcoming the general principles on a political solution to the Kosovo crisis adopted on 6 May 1999 (S/1999/516, annex 1 to this resolution) and welcoming also the acceptance by the Federal Republic of Yugoslavia of the principles set forth in points 1 to 9 of the paper presented in Belgrade on

English
Page 2

2 June 1999 (S/1999/649, annex 2 to this resolution), and the Federal Republic of Yugoslavia's agreement to that paper.

Reaffirming the commitment of all Member States to the sovereignty and territorial integrity of the Federal Republic of Yugoslavia and the other States of the region, as set out in the Helsinki Final Act and annex 2.

Reaffirming the call in previous resolutions for substantial autonomy and meaningful self-administration for Kosovo,

Determining that the situation in the region continues to constitute a threat to international peace and security.

Determined to ensure the safety and security of international personnel and the implementation by all concerned of their responsibilities under the present resolution, and acting for these purposes under Chapter VII of the Charter of the United Nations,

1. Decides that a political solution to the Kosovo crisis shall be based on the general principles in annex 1 and as further elaborated in the principles and other required elements in annex 2;
2. Welcomes the acceptance by the Federal Republic of Yugoslavia of the principles and other required elements referred to in paragraph 1 above, and demands the full cooperation of the Federal Republic of Yugoslavia in their rapid implementation;
3. Demands in particular that the Federal Republic of Yugoslavia put an immediate and verifiable end to violence and repression in Kosovo, and begin and complete verifiable phased withdrawal from Kosovo of all military, police and paramilitary forces according to a rapid timetable, with which the deployment of the international security presence in Kosovo will be synchronized;
4. Confirms that after the withdrawal an agreed number of Yugoslav and Serb military and police personnel will be permitted to return to Kosovo to perform the functions in accordance with annex 2;
5. Decides on the deployment in Kosovo, under United Nations auspices, of international civil and security presences, with appropriate equipment and personnel as required, and welcomes the agreement of the Federal Republic of Yugoslavia to such presences;
6. Requests the Secretary-General to appoint, in consultation with the Security Council, a Special Representative to control the implementation of the international civil presence, and further requests the Secretary-General to instruct his Special Representative to coordinate closely with the international security presence to ensure that both presences operate towards the same goals and in a mutually supportive manner;
7. Authorizes Member States and relevant international organizations to establish the international security presence in Kosovo as set out in point 4 of

annex 2 with all necessary means to fulfil its responsibilities under paragraph 9 below;

8. Affirms the need for the rapid early deployment of effective international civil and security presences to Kosovo, and demands that the parties cooperate fully in their deployment;

9. Decides that the responsibilities of the international security presence to be deployed and acting in Kosovo will include:

(a) Deterring renewed hostilities, maintaining and where necessary enforcing a ceasefire, and ensuring the withdrawal and preventing the return into Kosovo of Federal and Republic military, police and paramilitary forces, except as provided in point 6 of annex 2;

(b) Demilitarizing the Kosovo Liberation Army (KLA) and other armed Kosovo Albanian groups as required in paragraph 15 below;

(c) Establishing a secure environment in which refugees and displaced persons can return home in safety, the international civil presence can operate, a transitional administration can be established, and humanitarian aid can be delivered;

(d) Ensuring public safety and order until the international civil presence can take responsibility for this task;

(e) Supervising demining until the international civil presence can, as appropriate, take over responsibility for this task;

(f) Supporting, as appropriate, and coordinating closely with the work of the international civil presence;

(g) Conducting border monitoring duties as required;

(h) Ensuring the protection and freedom of movement of itself, the international civil presence, and other international organizations;

10. Authorizes the Secretary-General, with the assistance of relevant international organizations, to establish an international civil presence in Kosovo in order to provide an interim administration for Kosovo under which the people of Kosovo can enjoy substantial autonomy within the Federal Republic of Yugoslavia, and which will provide transitional administration while establishing and overseeing the development of provisional democratic self-governing institutions to ensure conditions for a peaceful and normal life for all inhabitants of Kosovo;

11. Decides that the main responsibilities of the international civil presence will include:

(a) Promoting the establishment, pending a final settlement, of substantial autonomy and self-government in Kosovo, taking full account of annex 2 and of the Rambouillet accords (S/1999/648);

English
Page 4

(b) Performing basic civilian administrative functions where and as long as required;

(c) Organizing and overseeing the development of provisional institutions for democratic and autonomous self-government pending a political settlement, including the holding of elections;

(d) Transferring, as these institutions are established, its administrative responsibilities while overseeing and supporting the consolidation of Kosovo's local provisional institutions and other peace-building activities;

(e) Facilitating a political process designed to determine Kosovo's future status, taking into account the Rambouillet accords (S/1999/648);

(f) In a final stage, overseeing the transfer of authority from Kosovo's provisional institutions to institutions established under a political settlement;

(g) Supporting the reconstruction of key infrastructure and other economic reconstruction;

(h) Supporting, in coordination with international humanitarian organizations, humanitarian and disaster relief aid;

(i) Maintaining civil law and order, including establishing local police forces and meanwhile through the deployment of international police personnel to serve in Kosovo;

(j) Protecting and promoting human rights;

(k) Assuring the safe and unimpeded return of all refugees and displaced persons to their homes in Kosovo;

12. Emphasizes the need for coordinated humanitarian relief operations, and for the Federal Republic of Yugoslavia to allow unimpeded access to Kosovo by humanitarian aid organizations and to cooperate with such organizations so as to ensure the fast and effective delivery of international aid;

13. Encourages all Member States and international organizations to contribute to economic and social reconstruction as well as to the safe return of refugees and displaced persons, and emphasizes in this context the importance of convening an international donors' conference, particularly for the purposes set out in paragraph 11 (g) above, at the earliest possible date;

14. Demands full cooperation by all concerned, including the international security presence, with the International Tribunal for the Former Yugoslavia;

15. Demands that the KLA and other armed Kosovo Albanian groups end immediately all offensive actions and comply with the requirements for demilitarization as laid down by the head of the international security presence in consultation with the Special Representative of the Secretary-General;

16. Decides that the prohibitions imposed by paragraph 8 of resolution 1160 (1998) shall not apply to arms and related matériel for the use of the international civil and security presences;

17. Welcomes the work in hand in the European Union and other international organizations to develop a comprehensive approach to the economic development and stabilization of the region affected by the Kosovo crisis, including the implementation of a Stability Pact for South Eastern Europe with broad international participation in order to further the promotion of democracy, economic prosperity, stability and regional cooperation;

18. Demands that all States in the region cooperate fully in the implementation of all aspects of this resolution;

19. Decides that the international civil and security presences are established for an initial period of 12 months, to continue thereafter unless the Security Council decides otherwise;

20. Requests the Secretary-General to report to the Council at regular intervals on the implementation of this resolution, including reports from the leaderships of the international civil and security presences, the first reports to be submitted within 30 days of the adoption of this resolution;

21. Decides to remain actively seized of the matter.

Annex 1

Statement by the Chairman on the conclusion of the meeting of the G-8 Foreign Ministers held at the Petersberg Centre on 6 May 1999

The G-8 Foreign Ministers adopted the following general principles on the political solution to the Kosovo crisis:

- Immediate and verifiable end of violence and repression in Kosovo;
- Withdrawal from Kosovo of military, police and paramilitary forces;
- Deployment in Kosovo of effective international civil and security presences, endorsed and adopted by the United Nations, capable of guaranteeing the achievement of the common objectives;
- Establishment of an interim administration for Kosovo to be decided by the Security Council of the United Nations to ensure conditions for a peaceful and normal life for all inhabitants in Kosovo;
- The safe and free return of all refugees and displaced persons and unimpeded access to Kosovo by humanitarian aid organizations;
- A political process towards the establishment of an interim political framework agreement providing for a substantial self-government for

English
Page 6

Kosovo, taking full account of the Rambouillet accords and the principles of sovereignty and territorial integrity of the Federal Republic of Yugoslavia and the other countries of the region, and the demilitarization of the KLA;

Comprehensive approach to the economic development and stabilization of the crisis region.

Annex 2

Agreement should be reached on the following principles to move towards a resolution of the Kosovo crisis:

1. An immediate and verifiable end of violence and repression in Kosovo.
2. Verifiable withdrawal from Kosovo of all military, police and paramilitary forces according to a rapid timetable.
3. Deployment in Kosovo under United Nations auspices of effective international civil and security presences, acting as may be decided under Chapter VII of the Charter, capable of guaranteeing the achievement of common objectives.
4. The international security presence with substantial North Atlantic Treaty Organization participation must be deployed under unified command and control and authorized to establish a safe environment for all people in Kosovo and to facilitate the safe return to their homes of all displaced persons and refugees.
5. Establishment of an interim administration for Kosovo as a part of the international civil presence under which the people of Kosovo can enjoy substantial autonomy within the Federal Republic of Yugoslavia, to be decided by the Security Council of the United Nations. The interim administration to provide transitional administration while establishing and overseeing the development of provisional democratic self-governing institutions to ensure conditions for a peaceful and normal life for all inhabitants in Kosovo.
6. After withdrawal, an agreed number of Yugoslav and Serbian personnel will be permitted to return to perform the following functions:
 - Liaison with the international civil mission and the international security presence;
 - Marking/clearing minefields;
 - Maintaining a presence at Serb patrimonial sites;
 - Maintaining a presence at key border crossings.

7. Safe and free return of all refugees and displaced persons under the supervision of the Office of the United Nations High Commissioner for Refugees and unimpeded access to Kosovo by humanitarian aid organizations.

8. A political process towards the establishment of an interim political framework agreement providing for substantial self-government for Kosovo, taking full account of the Rambouillet accords and the principles of sovereignty and territorial integrity of the Federal Republic of Yugoslavia and the other countries of the region, and the demilitarization of UCK. Negotiations between the parties for a settlement should not delay or disrupt the establishment of democratic self-governing institutions.

9. A comprehensive approach to the economic development and stabilization of the crisis region. This will include the implementation of a stability pact for South-Eastern Europe with broad international participation in order to further promotion of democracy, economic prosperity, stability and regional cooperation.

10. Suspension of military activity will require acceptance of the principles set forth above in addition to agreement to other, previously identified, required elements, which are specified in the footnote below. A military-technical agreement will then be rapidly concluded that would, among other things, specify additional modalities, including the roles and functions of Yugoslav/Serb personnel in Kosovo:

Withdrawal

- Procedures for withdrawals, including the phased, detailed schedule and delineation of a buffer area in Serbia beyond which forces will be withdrawn;

Returning personnel

- Equipment associated with returning personnel;
- Terms of reference for their functional responsibilities;
- Timetable for their return;
- Delineation of their geographical areas of operation;
- Rules governing their relationship to the international security presence and the international civil mission.

English
Page 8

Notes

Other required elements:

- A rapid and precise timetable for withdrawals, meaning, e.g., seven days to complete withdrawal and air defence weapons withdrawn outside a 25 kilometre mutual safety zone within 48 hours;
- Return of personnel for the four functions specified above will be under the supervision of the international security presence and will be limited to a small agreed number (hundreds, not thousands);
- Suspension of military activity will occur after the beginning of verifiable withdrawals;
- The discussion and achievement of a military-technical agreement shall not extend the previously determined time for completion of withdrawals.

Nichtamtliche Arbeitsübersetzung

Sicherheitsratsresolution Nr. 1244 vom 10. Juni 1999

Der Sicherheitsrat,

eingedenk der Grundsätze und Ziele der VN-Charta und der Hauptverantwortung des Sicherheitsrats für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1160 (1998) vom 31. März 1998, 1199 (1998) vom 23. September 1998, 1203 (1998) vom 24. Oktober 1998 und 1239 (1999) vom 14. Mai 1999,

mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß die Auflagen dieser Resolutionen nicht in vollem Umfang erfüllt worden sind,

entschlossen, die besorgniserregende Menschenrechtsslage im Kosovo zu bereinigen und für die sichere und freie Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen in ihrer Heimat zu sorgen,

unter Verurteilung aller Gewalttaten gegen die Bevölkerung des Kosovo sowie aller terroristischen Handlungen jeder Partei,

unter Hinweis auf die Erklärung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen vom 9. April 1999, in der dieser seine Besorgnis über die humanitäre Tragödie im Kosovo zum Ausdruck brachte,

in Bekräftigung des Rechts aller Flüchtlinge und Vertriebenen, sicher in ihre Heimat zurückzukehren,

unter Hinweis auf die Zuständigkeit und das Mandat des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien,

in Würdigung der allgemeinen Grundsätze für eine politische Lösung der Kosovo-Krise, die am 6. Mai 1999 angenommen wurden (S/1999/516, Anlage 1 zu dieser Resolution),

sowie in Würdigung der Annahme der in den Punkten 1 bis 9 des in Belgrad am 2. Juni 1999 vorgelegten Papiers (S/1999/649, Anlage 2 zu dieser Resolution) enthaltenen Prinzipien durch die Bundesrepublik Jugoslawien sowie der Zustimmung der Bundesrepublik Jugoslawien zu diesem Papier,

in Bekräftigung des Bekenntnisses aller Mitgliedstaaten zur Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Bundesrepublik Jugoslawien und der anderen Staaten der Region, wie dies in der Schlußakte von Helsinki sowie im Dokument S/1999/649, Anlage 2 zum Ausdruck kommt,

in Bekräftigung der in früheren Resolutionen geforderten substantiellen Autonomie und tatsächlichen Selbstverwaltung für Kosovo,

in der Erkenntnis, daß die Lage in der Region auch weiterhin eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

entschlossen, die Sicherheit des internationalen Personals und die Umsetzung der Verpflichtungen aus dieser Resolution durch alle Beteiligten zu gewährleisten, sowie für diese Zwecke handelnd nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen –

1. beschließt, daß eine politische Lösung der Kosovo-Krise auf der Grundlage der allgemeinen Prinzipien der Anlage 1 und so, wie in den Grundsätzen und anderen erforderlichen Elementen in Anlage 2 weiter ausgeführt, erfolgen muß;

2. begrüßt die Annahme der in Absatz 1 genannten Prinzipien und anderen erforderlichen Elemente durch die Bundesrepublik Jugoslawien und verlangt die uneingeschränkte Zusammenarbeit der Bundesrepublik Jugoslawien bei deren rascher Umsetzung;
3. verlangt insbesondere, daß die Bundesrepublik Jugoslawien Gewalt und Unterdrückung im Kosovo unverzüglich und verifizierbar einstellt und den verifizierbaren, schrittweisen Abzug aller militärischen Polizei- und paramilitärischen Kräfte im Einklang mit einem eng gefaßten Zeitplan einleitet/abschließt, mit dem die Stationierung der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo zeitlich abgestimmt wird;
4. bekräftigt, daß nach dem Abzug eine vereinbarte Zahl jugoslawischer und serbischer Soldaten und Polizisten in den Kosovo zurückkehren dürfen, um Aufgaben im Einklang mit Anlage 2 wahrzunehmen;
5. beschließt die Stationierung von Zivil- und Sicherheitspräsenzen im Kosovo unter der Ägide der Vereinten Nationen, die, soweit erforderlich, über angemessenes Material und Personal verfügen, und begrüßt die Zustimmung der Bundesrepublik Jugoslawien zu diesen Präsenzen;
6. ersucht den Generalsekretär, in Abstimmung mit dem Sicherheitsrat einen Sonderbeauftragten zu ernennen, der die Umsetzung der Zivilpräsenz überwacht, und diesen anzuweisen, sich eng mit der internationalen Sicherheitspräsenz abzustimmen, um sicherzustellen, daß beide Präsenzen auf die gleichen Ziele hinarbeiten und einander dabei unterstützen;
7. ermächtigt die Mitgliedstaaten und einschlägige internationale Organisationen, die internationale Sicherheitspräsenz im Kosovo im Einklang mit Punkt 4 der Anlage 2 mit allen Mitteln auszustatten, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach Absatz 9 dieser Resolution erforderlich sind;
8. bekräftigt die Notwendigkeit einer raschen und baldigen Stationierung wirksamer internationaler Zivil- und Sicherheitspräsenzen im Kosovo und verlangt, daß die Parteien bei deren Stationierung uneingeschränkt mitwirken.
9. beschließt, daß zu den Aufgaben der im Kosovo zu stationierenden und operierenden internationalen Sicherheitspräsenz die folgenden gehören:
 - a) Abschreckung von erneuten Feindseligkeiten, Aufrechterhaltung und erforderlichenfalls Durchsetzung einer Feuereinstellung, Gewährleistung des Rückzugs und Verhinderung der Rückkehr der militärischen, Polizei- und paramilitärischen Kräfte des Bundes und der Republik mit Ausnahme der in Punkt 6 des Anhangs 2 genannten;
 - b) Demilitarisierung der Kosovo-Befreiungsarmee (KLA) und anderer bewaffneter Gruppierungen der Kosovo-Albaner, wie in Absatz 15 gefordert;
 - c) Schaffung eines sicheren Umfelds, in dem Flüchtlinge und Vertriebene sicher in ihre Heimat zurückkehren können, die internationale Zivilpräsenz arbeiten kann, eine Übergangsverwaltung eingerichtet und humanitäre Hilfe geliefert werden kann;
 - d) Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, bis die internationale Zivilpräsenz die Verantwortung für diese Aufgabe übernehmen kann;
 - e) Überwachung der Minenräumung, bis die internationale Zivilpräsenz ggf. die Verantwortung für diese Aufgabe übernehmen kann;

- f) gegebenenfalls Unterstützung der Arbeit der internationalen Zivilpräsenz und enge Abstimmung mit ihr;
 - g) erforderlichenfalls Grenzüberwachungsaufgaben;
 - h) Gewährleistung des Schutzes und der Bewegungsfreiheit ihrer selbst, der internationalen Zivilpräsenz und anderer internationaler Organisationen;
10. ermächtigt den Generalsekretär, mit Unterstützung einschlägiger internationaler Organisationen eine internationale Zivilpräsenz im Kosovo einzusetzen, um eine Übergangsverwaltung für den Kosovo einzurichten, unter der die Bevölkerung des Kosovo substantielle Autonomie innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien genießen kann; diese Übergangsverwaltung wird vorläufige Verwaltungsaufgaben wahrnehmen und gleichzeitig provisorische demokratische Institutionen der Selbstregierung aufbauen und deren Entwicklung überwachen, um die Bedingungen für ein friedliches und normales Leben aller Bewohner des Kosovo zu gewährleisten;
11. beschließt, daß zu den Hauptaufgaben der Zivilpräsenz die folgenden gehören:
- a) vorbehaltlich einer endgültigen Lösung, Herstellung von substantieller Autonomie und Selbstverwaltung im Kosovo unter voller Beachtung der Anlage 2 und der Vereinbarungen von Rambouillet;
 - b) Wahrnehmung grundlegender ziviler Verwaltungsaufgaben, wo und solange dies erforderlich ist;
 - c) vorbehaltlich einer politischen Lösung, Organisation provisorischer Institutionen der demokratischen und autonomen Selbstregierung sowie Überwachung ihrer Entwicklung, einschließlich der Abhaltung von Wahlen;
 - d) im Zuge des Aufbaus dieser Institutionen Übertragung administrativer Aufgaben und gleichzeitig Überwachung und Unterstützung der Konsolidierung der örtlichen provisorischen Institutionen im Kosovo sowie andere Aktivitäten zur Konsolidierung des Friedens;
 - e) Erleichterung eines politischen Prozesses zur Festlegung des künftigen Status des Kosovo unter Berücksichtigung der Vereinbarungen von Rambouillet;
 - f) in der Endphase Überwachung des Übergangs der Regierungsgewalt von den provisorischen Institutionen auf die im Rahmen einer politischen Lösung geschaffenen Institutionen des Kosovo;
 - g) Unterstützung des Wiederaufbaus der wesentlichen Infrastruktur sowie des sonstigen wirtschaftlichen Wiederaufbaus;
 - h) Unterstützung der humanitären Hilfe und der Katastrophenhilfe in Abstimmung mit internationalen humanitären Organisationen;
 - i) Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung im Zivilleben, einschließlich der Aufstellung örtlicher Polizeikräfte sowie einstweilen durch die Stationierung intentionalen Polizeipersonals, das im Kosovo dienen wird;
 - j) Schutz und Förderung der Menschenrechte;
 - k) Gewährleistung der sicheren und ungehinderten Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen in ihre Heimat im Kosovo;

12. betont, daß koordinierte humanitäre Hilfsoperationen erforderlich sind und daß die Bundesrepublik Jugoslawien humanitären Hilfsorganisationen ungehinderten Zugang zum Kosovo gewähren und mit diesen Organisationen zusammenarbeiten muß, um die rasche und wirksame Bereitstellung internationaler Hilfe zu gewährleisten;
13. ermutigt alle Mitgliedstaaten und internationalen Organisationen, zum wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau sowie zur sicheren Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen beizutragen, und betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Einberufung einer internationalen Geberkonferenz zum frühestmöglichen Zeitpunkt, insbesondere für die in Absatz 11 Buchstabe g genannten Zwecke;
14. verlangt die uneingeschränkte Zusammenarbeit aller Betroffenen einschließlich der internationalen Sicherheitspräsenz mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien;
15. verlangt, daß die KLA und andere bewaffnete Gruppen der Kosovo-Albaner unverzüglich alle Offensivhandlungen einstellen und die Entmilitarisierungsbedingungen, wie sie vom Leiter der internationalen Sicherheitspräsenz in Absprache mit dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs festgelegt werden, erfüllen;
16. beschließt, daß die durch Absatz 8 der Resolution 1160 (1998) verhängten Verbote nicht für Waffen und ähnliches Material gelten, die für die Nutzung durch die internationalen Zivil- und Sicherheitspräsenzen bestimmt sind;
17. begrüßt die in der EU und anderen internationalen Organisationen gegenwärtig geleistete Arbeit mit dem Ziel, einen umfassenden Ansatz für die wirtschaftliche Entwicklung und Stabilisierung der Region, die von der Kosovo-Krise betroffen ist, zu entwickeln, wozu auch die Umsetzung eines Stabilitätspakts für Südosteuropa unter breiter internationaler Beteiligung gehört, durch den die Demokratie, der wirtschaftliche Wohlstand, die Stabilität und die regionale Zusammenarbeit gefördert werden sollen;
18. verlangt, daß alle Staaten in der Region uneingeschränkt bei der Umsetzung aller Aspekte dieser Resolution mitwirken;
19. beschließt, daß die Zivil- und Sicherheitspräsenzen zunächst für einen Zeitraum von 12 Monaten geschaffen werden; ihr Mandat verlängert sich, falls der Sicherheitsrat nichts anderes beschließt;
20. ersucht den Generalsekretär, dem Rat regelmäßig über die Umsetzung dieser Resolution zu berichten, wozu auch Berichte der Führung der Zivil- und Sicherheitspräsenzen gehören, deren erste Berichte innerhalb von 30 Tagen nach Annahme dieser Resolution vorzulegen sind;
21. beschließt, mit dieser Angelegenheit befaßt zu bleiben.